



# HESSISCHER LANDTAG

19. 05. 2010

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend generationsgerechte Finanzpolitik durch konsequente Prioritätensetzung**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag unterstützt das Bestreben des Ministerpräsidenten und der Landesregierung, eine konsequente Sparpolitik einzuleiten, um unsere Kinder und Enkelkinder nicht mit weiteren Schulden zu belasten.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Debatte über die Verschuldung der öffentlichen Haushalte umgehend geführt werden muss. Sparen und eine konsequente Priorisierung im Ausgabenbereich ist der einzige Weg aus der Schuldenkrise.
3. Der Landtag begrüßt, dass die Hessische Landesregierung dem Bereich Bildung höchste Priorität einräumt. Aus diesem Grund hat die Landesregierung mit den hessischen Hochschulen mit dem Hochschulpakt 2011 bis 2015 ein Solidarpakt mit einem Volumen von min. 1,4 Mrd. € jährlich in wirtschaftlich schwierigen Zeiten geschlossen, der diesen Planungssicherheit gibt. Die Fortführung der Projekte LOEWE mit über 90 Mio. €, HEUREKA mit durchschnittlich 250 Mio. € pro Jahr, der Exzellenzinitiative sowie des hessischen Sonderinvestitionsprogramms für Schule und Hochschule mit einem Volumen von 1,7 Mrd. € unterstreichen ebenso die Schwerpunktsetzung, die der Bildung in Hessen zuteil wird.
4. Der Landtag begrüßt darüber hinaus die Maßnahmen, die die Hessische Landesregierung im Bereich der schulischen Bildung durchgeführt hat, um einerseits den Anforderungen von Familie und Beruf gerecht zu werden und andererseits die Schülerinnen und Schüler zu fördern. So beträgt der Gesamtetat des Kultusministeriums rund 4,1 Mrd. €, was fast eine Verdopplung der Ausgaben in diesem Bereich seit 1999 bedeutet. Bereits im letzten Jahr wurden 1.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen, 650 werden in diesem Jahr folgen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bei der Aufstellung zukünftiger Haushalte konsequent alle Ausgabepositionen auf den Prüfstand zu stellen und ihre Tauglichkeit zu testen.
6. Der Landtag stellt fest, dass für die Generationengerechtigkeit nichts gewonnen ist, wenn notwendige Investitionen in Bildung unterbleiben, um die Schuldenbremse einzuhalten. Umgekehrt dürfen zur konsequenten Einhaltung der Schuldenbremse auch Bildungsinvestitionen in absehbarer Zeit nicht weiter mit Schulden zulasten künftiger Generationen finanziert werden. Dies unterstreicht die Notwendigkeit einer konsequenten Prioritätensetzung.

7. Der Landtag stellt fest, dass der bisherige Weg, die Lücke zwischen gesellschaftlichen Anforderungen an den Staat und Staatseinnahmen durch Schulden zulasten zukünftiger Generationen zu schließen, künftig nicht mehr offenstehen wird.

Wiesbaden, 19. Mai 2010

Für die Fraktion der CDU  
Der Parl. Geschäftsführer:  
**Wintermeyer**

Für die Fraktion der FDP  
Der Parl. Geschäftsführer:  
**Blum**